

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG OSTDEUTSCHLANDS IN 25 JAHREN DEUTSCHER EINHEIT

Demografischer Sinkflug

Von Falk Schäfer

Bei aller Freude über eine im Großen und Ganzen gelungene Deutsche Einheit soll an dieser Stelle ein Thema bearbeitet werden, mit dem eher negative Implikationen verbunden sind. Das Reisegesetz aus dem Jahre November 1989 machte es möglich – DDR-Bürger durften gehen, wohin sie wollten und sie konnten sich innerhalb Deutschlands auch überall niederlassen. Begonnen hatte die Abwanderung schon einige Monate zuvor mit den Flüchtlingswellen nach Ungarn und in die ČSSR. Bis heute haben mehr als anderthalb Millionen Menschen die DDR und später die Neuen Bundesländer verlassen. Doch dies war nur einer der Auslöser des demografischen Wandels. Hatte die DDR über die 70er und 80er Jahre hinweg noch eine deutlich höhere Geburtenrate als die BRD, provozierte die wendebedingte Unsicherheit einen eklatanten Zusammenbruch in den Geburtenziffern. Wurden 1980 in der DDR noch fast zwei Kinder pro Frau geboren, lag die Geburtenrate 14 Jahre später in den Neuen Bundesländern bei lediglich 0,77 Kindern pro Frau. Bis heute haben sich die Zahlen wieder verbessert, sie liegen aber nach wie vor deutlich unter dem Niveau, welches bei ausgeglichenen Migrationswerten und der aktuellen Lebenserwartung notwendig wäre für eine gleichbleibende Einwohnerzahl. Lesen Sie im Folgenden einen Beitrag aus unserer Serie Statistik kommunal – aus Anlass des 25jährigen Jubiläums der Deutschen Einheit soll es darum gehen, wie sich die Bevölkerung in ihrer Zahl und Zusammensetzung in den Neuen Bundesländern seitdem entwickelt hat.

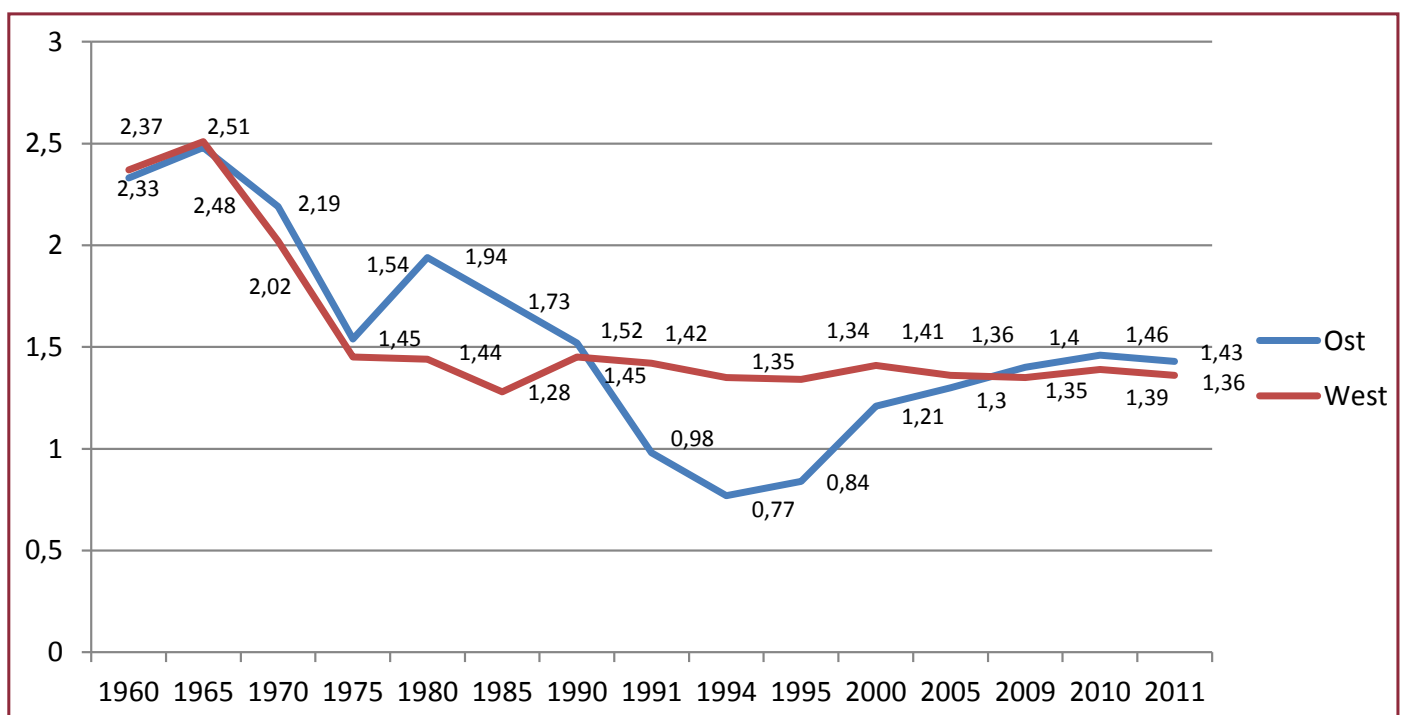
Ein Jahr vor der politischen Wende lebten in der DDR noch 16,6 Millionen Menschen. Damit hatte sich im Vergleich zum Gründungsjahr 1949 bereits ein Rückgang von 12,2 Prozent vollzogen. Es ist also mitnichten so, dass die Schrumpfung im Osten Deutschlands erst 1989/1990 einsetzte. Schon seit Beginn der 70er Jahre wurden weniger Kinder geboren, als es für die Reproduktion der Bevölkerung auf gleichbleibendem Niveau nötig gewesen wäre. Zwar lagen die Werte noch etwas über denen der Bundesrepublik, doch während die Effekte dort durch die massive Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ausgeglichen wurden, verzeichnete die DDR nur geringe Migrationsbewegungen und einen leicht negativen

Migrationssaldo. Mit der politischen Wende und der Deutschen Einheit begannen sich diese Prozesse deutlich zu dramatisieren. So verließen allein in den Jahren 1989 und 1990 fast eine Million Menschen das Gebiet der DDR. Den umgekehrten Weg trat in diesem Zeitraum kaum jemand an. So sank die Bevölkerung Ostdeutschlands zwischen 1988 und 1990 von 16,6 auf 15,8 Millionen. In den folgenden Jahren ließen die Wanderungen nach, und die Ost-West-Migration erreichte 1996/1997 mit nur noch 14.000/13.000 Personen einen fast ausgeglichenen Saldo. Allerdings nahm die Abwanderung seitdem wieder zu, weil ein selbsttragender „Aufschwung Ost“ ausblieb und die wirtschaftliche Lage bis heute schwierig ist. Im Jahr

2001 erreichte der Migrationssaldo Ostdeutschlands mit minus 100.000 Menschen einen neuen Höhepunkt. Seitdem ging die Abwanderung zwar zurück, sie hält aber weiter an. Insgesamt verließen zwischen 1989 und 2015 per Saldo etwa 1,8 Millionen Menschen die ostdeutschen Bundesländer. Damit verlor die Region etwa zwölf Prozent ihrer Bewohner allein im Zuge der Migration.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Ost-West-Wanderung in Bezug auf einzelne Bevölkerungsgruppen sehr selektiv erfolgte. So waren es vor allem junge, gut ausgebildete und mehrheitlich weibliche Personen, die die DDR und später die Neuen Bundesländer verließen. Für viele Regionen der Neuen Bundesländer

Geburtenrate in Ost- und Westdeutschland zwischen 1960 und 2011 – Kinder pro Frau





Unter den ostdeutschen Städten die zur Wendezeit mehr als 50.000 Einwohner aufwiesen, musste Hoyerswerda die größten Verluste verkraften. Die Einwohnerzahl dort hat sich seit Ende der 80er Jahre mehr als halbiert – von einstmals 70.000 auf heute 34.000.

verbindet sich mit diesen Prozessen eine überdurchschnittliche Alterung, ein Frauendefizit und eine Konzentration gering qualifizierter Bürger. Diese Entwicklungen sind längerfristig kaum umkehrbar, sodass sich die Effekte in die folgenden Generationen hinein verstetigen und die wirtschaftliche Entwicklung hemmen.

Rapider Rückgang der Fertilitätsrate

In den 80er Jahren war die Fertilität in der DDR noch signifikant höher als in der Bundesrepublik (siehe Abbildung). Die vielfältigen familienpolitischen Maßnahmen – flächendeckende, gebührenfreie Kinderkrippen, Kindergärten und Schulhorte, zusätzliche Haushaltstage und verkürzte Wochenarbeitszeit konnten aber auch auf dem Territorium der DDR keine Reproduktion der Bevölkerung gewährleisten. Dazu wären eingedenk der Migrationssalden und der seinerzeit herrschenden Lebenserwartung etwa 2,1 Kinder pro Frau notwendig gewesen.

Mit der Wiedervereinigung erfuhr die Fertilität in den Neuen Bundesländern einen dramatischen Einbruch und erreichte mit 0,77 Kindern pro Frau im Jahre 1994 den niedrigsten Wert, der weltweit jemals von Bevölkerungswissenschaftlern gemessen wurde. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Umbruchsituation bewirkte einen Schockzustand, der familienbildende Ereignisse wie Heiraten oder Geburten extrem hemmte. Erschwerend kam hinzu, dass sich die Neuen Bundesländer an die generativen Vorgänge der westdeutschen

Gesellschaft anpassen – längere Ausbildungszeiten, geringere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Diversifizierung der Lebensentwürfe. Damit verschob sich das durchschnittliche Alter der Frauen bei der ersten Geburt von 22,9 Jahren 1989 auf 26,9 Jahre 1995. Viele Frauen, die ihr erstes Kind noch in der DDR bekommen hatten, verzichteten auf weiteren Nachwuchs. Aus all diesen Entwicklungen heraus resultierte die oben angeführte, historisch niedrige Geburtenrate.

Seitdem nimmt die Fertilität in Ostdeutschland wieder zu. 2005 unterschieden sich die Gesamtfertilitätsraten in Ost- (1,33) und Westdeutschland (1,34) nur noch wenig voneinander. 2010 erreichten die Neuen Bundesländer mit 1,46 sogar einen leicht höheren Wert als das Alt-Bundesgebiet (1,39). Jedoch haben seit 1989 Frauen im fertilen Alter in hoher Zahl Ostdeutschland verlassen und in den kommenden zehn Jahren gelangen die stark reduzierten Nachwuchsjahrgänge ins Elterntalter. Dies bedeutet, dass auch bei gleicher Gesamtfertilitätsrate die Zahl der Neugeborenen bezogen auf die Gesamtbevölkerung deutlich niedriger ist als in Westdeutschland.

Demografielabor Ost

Betrafen die beschriebenen Veränderungen zunächst ganz Ostdeutschland, zeichnet sich mittlerweile eine regionale Differenzierung ab. Von der Abwanderung besonders betroffen waren zunächst die ehemaligen Industriestandorte in der Lausitz über das Erzgebirge bis hin zum mitteldeutschen Industrieviertel zwischen

Leipzig und Halle (Saale). Industriestädte wie Schwedt (Oder), Eisenhüttenstadt, Hoyerswerda, der Raum Chemnitz-Zwickau, Gera, Halle (Saale) oder Bitterfeld haben in diesem Zusammenhang eklatant an Einwohnern verloren. Gleichzeitig wirkte sich in den 90er Jahren der Trend der Suburbanisierung negativ auf die Bevölkerungszahl der größeren Städte aus. Seit Beginn des neuen Jahrtausends zeigt sich eine gegenläufige Entwicklung. Die Stadtregionen des Ostens stabilisieren sich zu Lasten des ländlichen Raumes und peripher gelegener Orte.

So wird in Zukunft die Infrastruktur in dünn besiedelten Regionen aus Kostengründen und aufgrund der abnehmenden Nutzerzahl immer stärker reduziert werden müssen. Mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze ist kaum zu rechnen. Grundsätzlich werden in den kommenden Jahrzehnten sehr viel weniger Menschen in Ostdeutschland leben als zur Zeit der Wiedervereinigung. Auch im Vergleich zum aktuellen Bevölkerungsstand wird sich die Schrumpfung weiter verstetigen. Nach der 13. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung werden im Jahr 2060 nur noch 8,2 Millionen Menschen in den Neuen Bundesländern siedeln. Im Vergleich zum Wert aus dem Jahr 1988 hätte sich die Einwohnerzahl der Neuen Bundesländer damit annähernd halbiert.

In diesem Zusammenhang wird der Anteil älterer Menschen ab 65 Jahre extrem zunehmen. Auch wenn sich demografische Indikatoren wie Fertilität, Lebenserwartung und Heiratsverhalten

in den Neuen Bundesländern dem westdeutschen Niveau angenähert haben, hinterließen die vergangenen 25 Jahre tiefe Spuren in der ostdeutschen Bevölkerungsstruktur. Dies ist einerseits ein starker Rückgang der Gesamtbevölkerungszahl, andererseits eine Veränderung in der Altersstruktur. Die Bevölkerung Ostdeutschlands war 1989 deutlich jünger als die in Westdeutschland, der Anteil der Personen unter 20 Jahre betrug 25,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Bis 2008 verringerte sich dieser Wert durch Geburtenrückgang und Abwanderung auf 15,5 Prozent und sank damit weit unter das westdeutsche Niveau (19,9 Prozent). Die Anzahl von Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 59 Jahre) ging in diesem Zeitraum um 445.000 zurück. Gleichzeitig erhöhte sich die Anzahl der Über-60jährigen um fast eine Million. Der Deutschland in Gänze bevorstehende Prozess der Bevölkerungsalterung und -schrumpfung ist in Ostdeutschland bereits deutlich sichtbar. In den kommenden Jahren werden zahlenmäßig stark reduzierte Geburtsjahrgänge ins Ausbildungs- und Erwerbsalter gelangen. Dies bedeutet einerseits, dass sich der Druck auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt reduziert. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass die regionale Wirtschaft unter diesen wenigen Auszubildenden und Studenten nicht mehr ausreichend qualifiziertes Personal rekrutieren kann und die Neuen Bundesländer als Wirtschaftsstandort (noch) unattraktiver werden. Ostdeutschland ist inzwischen ein Versuchsfeld für den ganz Deutschland bevorstehenden Umgang mit rückläufigen Einwohnerzahlen und Bevölkerungsalterung.

Disparate Entwicklungen

Grundsätzlich verliefen die demografischen Prozesse der Abwanderung, der sinkenden Fertilität und der rasant wachsenden Alterung recht gleichgewichtet in allen Regionen Ostdeutschlands. Einzig der östliche Teil Berlins sowie das unmittelbare Umland der Bundeshauptstadt konnten sich bis heute davon ausnehmen. Diesem Umstand ist es zu verdanken, dass das Land Brandenburg die prozentual geringsten Einwohnerverluste zu verkraften hatte. Das Delta zwischen dem Jahr der Deutschen Einheit und heute beträgt lediglich fünf Prozent. Abgesehen vom Berliner Speckgürtel verzeichnen alle übrigen Regionen Brandenburgs jedoch die gleichen dramatischen Entwicklungen wie der Rest Ostdeutschlands auch. Brandenburg ist das demografisch am stärksten zerrissene ostdeutsche Bundesland. So gehören die Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und die Uckermark zu den fünf am dünnsten besiedelten Landkreisen in Deutschland. Die ohnehin schon geringe Siedlungsdichte zu Zeiten der Wende hat sich dort bis heute weiter ausgedünnt. Ein ähnlich gravierender Bevölkerungsschwund ist auch



Halle-Neustadt bildete zwischen 1967 und 1990 eine eigene kreisfreie Stadt. Es ist eine der größten Plattenbausiedlungen die im Zuge des DDR-Wohnungsbauprogrammes entstanden sind. Hier lebten Ende der 80er Jahre fast 100.000 Menschen.

für Ost- und Südbrandenburg zu konstatieren. Dagegen haben die Gemeinden und Städte um Berlin enorme Wanderungsgewinne verzeichnen können. Falkensee, Oranienburg, Bernau, Teltow, Königs Wusterhausen, Erkner oder Neuenhagen werden bald höhere Einwohnerzahlen aufweisen als viele traditionsreiche Mittelzentren der Mark.

Sachsen-Anhalt und insbesondere der ehemalige Bezirk Halle (Saale) galt als das industrielle Herz der DDR. Nach der Wende war die Chemie- und Schwerindustrie um Dessau, Halle (Saale), Bitterfeld, Schkopau und Leuna jedoch kaum mehr konkurrenzfähig. Die De-Industrialisierung der 90er Jahre traf das Land entsprechend hart. Sachsen-Anhalt musste die stärksten Einwohnerverluste aller Neuen Länder hinnehmen. Von 1990 bis heute sank die Bevölkerung um fast ein Viertel, 2030 wird der Rückgang mehr als ein Drittel betragen und bis 2060 wird sich die Einwohnerzahl deutlich mehr als halbiert haben.

Wirtschaftsstrukturell teilt sich Sachsen-Anhalt in einen agrarisch geprägten Norden und einen weitgehend deindustrialisierten Süden. Im Gegensatz zu allen anderen ostdeutschen Bundesländern verfügt das Land nicht über prosperierende Entwicklungskerne. Sämtliche Ober- und Mittelzentren verzeichnen sinkende Bevölkerungszahlen. In der Altmark im Norden des Landes war die Bevölkerungsdichte seit jeher gering. Dennoch waren die Einwohnerverluste auch hier signifikant. Heute zählen der Altmarkkreis Salzwedel und der Landkreis Stendal zu den Landkreisen mit der geringsten Bevölkerungsdichte bundesweit. Noch deutlich dramatischer waren die Entwicklungen im Süden des Landes. Hier gingen nach der Deutschen Einheit hundertauf tausende Industriearbeitsplätze verloren. Viele Menschen waren gezwungen, ihr Glück in der

Fremde zu suchen. Sie verließen Mitteldeutschland und kehrten meist nicht zurück.

Mecklenburg-Vorpommern mutierte in den 90er Jahren fast zum Klischee für Trostlosigkeit und Niedergang. Nirgendwo war die Wirtschaftskraft geringer und die Arbeitslosenquote höher. Mittlerweile hat sich die Lage etwas gebessert. Mecklenburg-Vorpommern war seit jeher eher agrarisch geprägt und musste daher keinen derart massiven Strukturwandel durchlaufen wie die Nachbarn in Sachsen-Anhalt. Zudem werden die Schönheiten des nordöstlichsten deutschen Bundeslandes zwischen Seenplatte und Ostseeküste zunehmend von Touristen aus allen Teilen Europas entdeckt. In diesem Zusammenhang lässt sich für Mecklenburg-Vorpommern eine im ostdeutschen Vergleich nur leicht unterdurchschnittliche Entwicklung konstatieren. Die Einwohnerzahl Mecklenburg-Vorpommerns hat sich von 1990 bis heute von 1,95 auf 1,6 Millionen reduziert. Dies entspricht einem Rückgang um 18 Prozent. Bis zum Jahre 2030 wird ein weiterer Bevölkerungsschwund von 200.000 Einwohnern erwartet. Um das Jahr 2060 herum wird wohl die Grenze von einer Million Einwohnern gerissen werden. Auch in Mecklenburg-Vorpommern finden sich ausgeprägte regionale Disparitäten. Während die Urlaubsregionen an der Ostseeküste und insbesondere die Hansestadt Rostock als größte Metropole des Landes noch recht glimpflich davongekommen, zeigen sich in weiten Regionen Vorpommerns, aber auch Süd- und Westmecklenburgs deutlich drastischere Tendenzen. Mecklenburg-Vorpommern war schon 1990 das Bundesland mit der geringsten Bevölkerungsdichte. Dieser Status wird sich auch in mittelfristiger Zukunft nicht ändern.

Ähnliche Zahlen weist der Freistaat Thüringen auf. Auch diese Region war weniger von der



Der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte – hier eine Ansicht der Müritz – ist der flächengrößte Landkreis Deutschlands. Verwaltungssitz ist Neubrandenburg.

Industrie geprägt als andere in den Neuen Bundesländern. Die Einwohnerzahl Thüringens hat sich von 1990 bis heute von 2,6 auf 2,15 Millionen verringert. Dies entspricht einem Minus von 17 Prozent. Wie Mecklenburg-Vorpommern befindet sich Thüringen damit etwas unterhalb des Durchschnitts der Neuen Bundesländer. Bis 2030 ist ein weiterer Rückgang auf dann 1,9 Millionen Menschen zu erwarten. 2060 werden es vermutlich nur noch 1,3 Millionen sein. Die Bevölkerung Thüringens konzentriert sich im Mittelgebirgsvorland entlang der Thüringer Städtekette. Dort reihen sich in klarer West-Ost-Ausrichtung und im Abstand von jeweils 25 bis 40 Kilometern die Mittel- und Oberzentren Eisenach, Gotha, Erfurt, Weimar, Jena, Gera und Altenburg aneinander. Während sich die mittleren Glieder um die Landeshauptstadt Erfurt, Weimar und Jena recht positiv entwickeln, zeigen Ost- und Südthüringen um die ehemaligen Bezirksstädte Gera und Suhl deutlich rückläufige Tendenzen.

Der Freistaat Sachsen gilt gemeinhin nicht nur als das bevölkerungsreichste, sondern auch als das stärkste der Neuen Bundesländer. Diese Aussage lässt sich anhand zentraler volkswirtschaftlicher

Kennziffern erhärten. Die Industriedichte ist überdurchschnittlich hoch, die Arbeitslosenquote verhältnismäßig gering. Sachsen verfügt auch heute noch über starke Metropolregionen wie die Messestadt Leipzig oder die Landeshauptstadt Dresden – mit dem Potential, Menschen an sich zu binden und neue Bürger hinzuzugewinnen. So liegen die größten Städte der Neuen Bundesländer sämtlich in Sachsen. Lebten zu Zeiten der politischen Wende in der DDR noch 4,5 Millionen Menschen in Sachsen, ist nun fast die Vier-Millionen-Grenze erreicht. Dies entspricht einem Rückgang von etwa zehn Prozent. Der Freistaat schneidet damit signifikant besser als die Neuen Bundesländer in ihrer Gänze. Bis 2030 wird die Einwohnerzahl vermutlich auf 3,7 Millionen sinken. 2060 werden es nach den aktuellen Vorausberechnungen nur noch 2,85 Millionen Einwohner sein.

Insbesondere Dresden und Leipzig haben sich von den Unwägbarkeiten der 90er Jahre wieder erholt und ziehen vermehrt Zuzügler und Investoren an. Dort ist auch die Geburtenrate überdurchschnittlich hoch. Für das industrielle Herz Sachsens im Erzgebirgsvorland rund um

Chemnitz und Zwickau lässt sich dies nur bedingt behaupten. Noch drastischer zeigt sich die Situation in den ehemaligen Industrierevieren der Oberlausitz.

Mit Bezug auf ganz Ostdeutschland zeigt sich ein weiterer Effekt. Nicht nur die wirtschaftliche Struktur, sondern auch die Nähe zum Alt-Bundesgebiet lässt sich als signifikant einflussgebende Variable identifizieren. So haben die Länder und Regionen entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze deutlich mehr Einwohner verloren, als etwas Brandenburg, Sachsen oder Vorpommern.

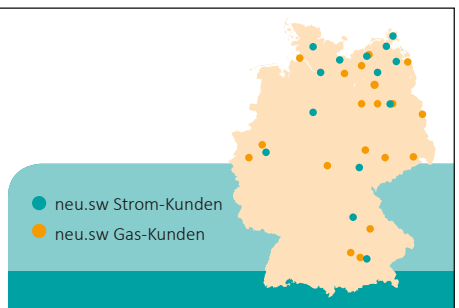
Reformen als Reaktion auf den demografischen Wandel

Die DDR war ein erklärter Zentralstaat. Sie gliederte sich mit dem Stichtag 18. März 1990 in 15 Bezirke, 189 Kreise und 27 Stadtkreise. Die damals elf Stadtbezirke von Ost-Berlin waren administrativ der Ebene der Stadtkreise gleichgestellt. Mit der Deutschen Einheit und der Neubildung der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurden diese Strukturen

Unser Anspruch - Ihre Zufriedenheit!

Zahlreiche zufriedene Kunden im gesamten Bundesgebiet sind die beste Referenz für unsere Produkte und Dienstleistungen. Gehören auch Sie dazu!
neu.sw Kontakt: 0395 3500-310 | info@neu-sw.de

neu.sw Das und mehr!®



im Hinblick auf ihren territorialen Zuschnitt zunächst übernommen.

Die Verwaltungsapparate der Neuen Bundesländer mussten von Grund auf neu geschaffen werden. Im Rahmen der „Länderprogramme zum Verwaltungsaufbau in den Neuen Ländern“ wurden sogenannte „Verwaltungshilfeverträge“ mit Bundesländern aus dem Westen abgeschlossen. So kooperierte Brandenburg mit Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern mit Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt mit Niedersachsen, Sachsen mit Baden-Württemberg und Bayern sowie Thüringen mit Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz. Grundlage dieser Verwaltungshilfe waren Partnerschaften auf kommunaler Ebene, aber auch die westdeutschen Landesverwaltungen spielten eine wichtige Rolle. Zwischen 1990 und 1995 wurden circa 35.000 westdeutsche Beamte und Verwaltungsangestellte in die Neuen Länder abgestellt.

Da die recht engmaschigen Verwaltungsstrukturen aus der DDR den westdeutschen Vorbildern hinsichtlich der durchschnittlichen Einwohnerzahl und Fläche deutlich nachstanden, entbrannten recht schnell Diskussionen über mögliche Neustrukturierungen. Sie mündeten in den Jahren 1993 und 1994 in umfassende Verwaltungsreformen in allen Ländern Ostdeutschlands. Bestanden Ende 1992 noch 189 Landkreise auf dem Gebiet der ehemaligen DDR waren es Ende 1994 nur noch 92 – also weniger als die Hälfte. Bis heute hat sich die Zahl der ostdeutschen Landkreise auf 58 reduziert. Dies sind 30 Prozent des ursprünglichen Wertes. Aktuell wird in Brandenburg und Thüringen über eine neuerliche Verwaltungsreform diskutiert. Für Brandenburg ist nach dem Leitbildentwurf des Innenministeriums zu erwarten, dass die Zahl der Landkreise von heute 14 auf einen Wert zwischen sieben und neun reduziert wird.

Hinsichtlich der kreisfreien Städte ergaben die ersten Verwaltungsreformen zu Beginn der 90er Jahre kaum Veränderungen. Lediglich Schwedt/Oder und Eisenhüttenstadt verloren

Bevölkerungsentwicklung in den Neuen Bundesländern und Prognose

Bundesland	Einwohner			Einwohner Prognose 2030		Einwohner Prognose 2060	
	1990 in Mio.	2015 in Mio.	Minus zu 1990	in Mio.	Minus zu 1990	in Mio.	Minus zu 1990
Brandenburg	2,6	2,46	5%	2,35	10%	1,6	37,5%
Mecklenburg-Vorpommern	1,95	1,6	18%	1,4	28%	1,05	45,8%
Sachsen	4,5	4,06	10%	3,7	18%	2,85	36,4%
Sachsen-Anhalt	2,9	2,24	23%	1,9	34%	1,35	53,6%
Thüringen	2,6	2,15	17%	1,9	27%	1,3	49,1%
Neue Bundesländer Gesamt	14,55	12,51	14%	11,25	23%	8,2	43,5%

ihre Kreisfreiheit, sodass die Zahl der ostdeutschen kreisfreien Städte von 26 auf 24 sank. Heute bestehen noch 18 kreisfreie Städte auf dem Gebiet der Neuen Bundesländer. Doch auch hier sind für die nahe Zukunft weitere Veränderungen zu erwarten. So werden mit der geplanten Verwaltungsreform in Brandenburg abgesehen von der Landeshauptstadt Potsdam wohl alle bisherigen kreisfreien Städte diesen Status verlieren. Sechs der kreisfreien Städte Ostdeutschlands liegen im Freistaat Thüringen. Mit der anstehenden Verwaltungsreform wird sich vermutlich auch dieser Wert reduzieren. Thüringen und Brandenburg sind auch jene beiden Neuen Bundesländer die bislang nur einmal (1993/1994) an ihren Kreisgebietsstrukturen gefeilt haben. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern haben dies bereits mehrfach getan – Mecklenburg-Vorpommern 1994 und 2011, Sachsen 1994, 1996 und 2008, Sachsen-Anhalt 1994 und 2007. So hat es in den fünf Neuen Bundesländern in den vergangenen 25 Jahren neun solcher Reformen gegeben, zwei weitere sind für die nahe Zukunft zu erwarten. Die außerordentlichen Bemühungen zur Optimierung von Verwaltungsstrukturen und zur Anpassung an die Implikationen des demografischen Wandels lassen sich durch das Faktum unterstreichen, das in den zehn westdeutschen Bundesländern im gleichen Zeitraum keine einzige derartige Reform

in Angriff genommen wurde. Auf diese Weise haben sich die Gebietsstrukturen Ostdeutschlands von den engmaschigsten zu den weitmaschigsten bundesweit entwickelt. So liegen die fünf flächenmäßig größten deutschen Landkreise allesamt in Mecklenburg-Vorpommern. Von den 25 größten deutschen Landkreisen liegen sechs in Mecklenburg-Vorpommern, acht in Brandenburg, vier in Sachsen-Anhalt, drei in Sachsen und nur vier im Alt-Bundesgebiet. Hinsichtlich der Einwohnerzahl weist Sachsen zusammen mit Nordrhein-Westfalen die größten Landkreise auf.

Die größten Städte Ostdeutschlands – 1990 und heute

Industrialisierung und Urbanisierung waren nicht nur in der DDR zwei Seiten einer Medaille. Die Konzentration der Bevölkerung an industriellen Kernen sollte eine möglichst optimale Allokation der Produktivkräfte fördern und andererseits die Versorgung mit wichtigen Gütern und Dienstleistungen des täglichen Gebrauchs erleichtern. Mit der Deklaration von Bezirksstädten wurde bereits definiert, wo Siedlungsschwerpunkte ausgebaut werden sollten. Dazu sind einige sozialistische Planstädte geradezu aus dem Boden gestampft worden. Schwedt, Eisenhüttenstadt und Hoyerswerda hatten 1950 noch weniger als 10.000 Einwohner. In den 80er Jahren durchbrachen sie allesamt die Grenze von 50.000. Ein zusätzlicher Run auf die Städte setzte mit dem 1973 beschlossenen Wohnungsbauprogramm ein. In fast allen größeren Zentren der DDR entstanden in diesem Zusammenhang ausgedehnte Plattenbausiedlungen. Beispiele sind die neuen Ostberliner Bezirke Marzahn, Hellersdorf und Hohenschönhausen, Halle-Neustadt, der Schweriner Große Dreesch, das Fritz-Heckert-Gebiet in Chemnitz, Dresden-Gorbitz, Leipzig-Grünau, Jena-Lobeda, Rostock-Lichtenhagen oder der Stadtteil Neuberesinchen in Frankfurt (Oder). Die vergleichsweise gute Versorgungslage und die recht komfortablen Wohnungen setzten neue Impulse für die bereits seit Beginn der 60er Jahre anhaltende Landflucht.

Entwicklung der Gebietsstrukturen bei Landkreisen und kreisfreien Städte der Neuen Bundesländer zwischen 1990 und 2014

Bundesland	1990		1994		2000		2014	
	Landkreise	kreisfr. Städte	Landkreise	kreisfr. Städte	Landkreise	kreisfr. Städte	Landkreise	kreisfr. Städte
Brandenburg	38	6	14	4	14	4	14	4
Mecklenburg-Vorpommern	31	6	12	6	12	6	6	2
Sachsen	48	6	28	6	22	7	10	3
Sachsen-Anhalt	37	3	21	3	21	3	11	3
Thüringen	35	5	17	5	17	6	17	6
Neue Bundesländer Gesamt	189	26	92	24	86	26	58	18

Trotz des kontinuierlichen Einwohnerückgangs seit Gründung der DDR, nahmen die größeren Städte eine entgegengesetzte Entwicklung. Mit Ausnahme von Leipzig, Zwickau und Plauen verzeichneten sie 1988 teilweise deutlich höhere Einwohnerzahlen als noch 1950. Neben den bereits zitierten Planstädten Schwedt (Oder), Eisenhüttenstadt und Hoyerswerda war das Wachstum in Rostock, Cottbus, Neubrandenburg, Frankfurt (Oder) und Suhl besonders ausgeprägt. In Neubrandenburg hatte sich zwischen 1950 und 1988 die Einwohnerzahl vervierfacht, in Cottbus und Suhl deutlich mehr als verdoppelt, die Hansestadt Rostock und Frankfurt (Oder) legten um 90 bzw. 70 Prozent zu. Jene Städte, die mit Abschaffung der Länder und Einführung der Bezirke in der DDR erstmals in ihrer Geschichte zu Hauptstädten größerer Verwaltungsgliederungen wurden, konnten vom neu gewonnenen Status erheblich profitieren, und zwar deutlich mehr als

wich nun einem teilweise noch schnelleren Sinkflug. Hoyerswerda, Eisenhüttenstadt und Schwedt (Oder) verloren in nur 25 Jahren mehr als 40 Prozent ihrer Einwohner, Frankfurt (Oder), Suhl und Neubrandenburg 30 Prozent und mehr, Cottbus immerhin 23 Prozent. Auch Gera und Schwerin als mittlerweile ehemalige Großstädte mussten einen Rückgang von um die 30 Prozent verkraften. Einzig Rostock ist es gelungen, den zu DDR-Zeiten generierten Aufwuchs weitgehend zu verteidigen. Die Hansestadt hat heute noch immer mehr als anderthalb mal so viele Einwohner, als zur Gründung der DDR.

Unter den ostdeutschen Städten, die zum Stichtag 3. Oktober 1990 noch 50.000 Einwohner und mehr aufwiesen, liegen außer den genannten auch noch Altenburg und Görlitz jenseits der Marke von minus 30 Prozent. Gab es 1990 noch 34 ostdeutsche Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern, sind es heute nur noch 23. Abzusehen ist, dass in Bälde auch Neubrandenburg, Frankfurt (Oder), Görlitz, Stralsund

aktuell allesamt zwischen 200.000 und 250.000 Einwohner auf.

Mit der Neubildung der ostdeutschen Bundesländer wurde intensiv darum gerungen, wo der Standort der jeweiligen Landesregierung sein wird. Nicht überall war diese Frage so einfach zu beantworten, wie in Brandenburg. Dort führte an der alten preußischen Königsstadt Potsdam kaum ein Weg vorbei. Überall sonst waren es in der Regel zwei Städte, die Anspruch auf den Titel der Landeshauptstadt erhoben – in Mecklenburg-Vorpommern die Hansestadt Rostock und Schwerin, in Sachsen-Anhalt Halle (Saale) und Magdeburg, in Sachsen Leipzig und Dresden und in Thüringen Erfurt und Weimar. Vor diesem Hintergrund lässt sich ablesen, dass der Titel Landeshauptstadt ähnliche Impulse entfalten konnte wie der Status einer Bezirksstadt. Lagen Leipzig und Halle (Saale) 1990 hinsichtlich der Einwohnerzahl noch recht deutlich vor ihren Konkurrentinnen, wurden sie von



Potsdam nahm die demografisch erfolgreichste Entwicklung aller ostdeutschen Städte, profitierte dabei allerdings erheblich von der Randlage zu Berlin. Die Einwohnerzahl Potsdam stieg von 143.000 im Jahr 1990 auf heute 162.000, knapp 13 Prozent.

die gewachsenen Oberzentren Leipzig, Dresden, Halle (Saale), Karl-Marx-Stadt, Erfurt und Magdeburg. Die Bezirksstädte sollten regionale Zentren, industrielle Schwerpunkte und Ankerpunkte der Versorgung bilden. Wo dieser Zustand – wie in Neubrandenburg, Suhl, Cottbus, Gera und Frankfurt (Oder) – noch nicht erreicht war, wurden sie gezielt und mit erheblichen Investitionen in diese Richtung ausgebaut.

Nach der politischen Wende in der DDR und der Deutschen Einheit zeigte sich allerdings sehr früh, dass diese Strukturen nicht die nötige Substanz aufwiesen, um auch unter veränderten politischen Vorzeichen bestehen zu können. Gerade die genannten sozialistischen Plan- und kleineren Bezirksstädte verloren in den 90er Jahren und bis heute rapide an Einwohnern. Das schnelle Wachstum zu Zeiten der DDR

und Greifswald unter diese Marke fallen werden. Die DDR hatte gegen Ende ihres Bestehens noch 15 Großstädte. Mittlerweile haben Gera, Schwerin, Cottbus, Zwickau und Dessau diesen Status verloren. Nunmehr gelten inklusive Berlins nur noch zehn ostdeutsche Städte als Großstadt. Unter diesen musste Halle (Saale) mit ebenfalls um die 30 Prozent die stärksten Einwohnerverluste verkraften. Chemnitz, Magdeburg und die Hansestadt Rostock verloren im gleichen Zeitraum etwa 20 Prozent ihrer Einwohner. Erfurt hingegen verzeichnete einen vergleichsweise glimpflichen Rückgang von lediglich sieben Prozent. Die genannten Städte – Chemnitz, Halle (Saale), Magdeburg, Erfurt und Rostock haben sich im Verlauf der letzten vergangenen 25 Jahre zunehmend aneinander angeglichen. Diese nach Berlin, Leipzig und Dresden größten ostdeutschen Städte weisen

den heutigen Landeshauptstädten Dresden und Magdeburg mittlerweile eingeholt. Erfurt und Weimar lagen schon 1990 sehr weit voneinander entfernt. Beide Städte haben sich deutlich überdurchschnittlich entwickelt und sind praktisch genauso groß, wie 1990. Auch Jena, die damals und heute zweitgrößte Stadt Thüringens, musste nahezu keine Verluste in Kauf nehmen. Von den sechs Städten, die 1990 zwischen 100.000 und 140.000 Einwohner aufwiesen, kann sich Jena als einzige auch heute noch als Großstadt bezeichnen. Im Ranking der größten ostdeutschen Städte bedeutete dies einen deutlichen Sprung von 14 auf zehn. Insgesamt entwickeln sich die drei zentralen Glieder der Thüringer Städtekette überdurchschnittlich positiv und bilden zunehmend einen gemeinsamen Großraum von Erfurt über Weimar nach Jena. Schwerin

Die Städte der DDR mit mehr als 50.000 Einwohnern – 1988 und 2015

	Stadt	DDR-Bezirk	Einwohner 1988	Bundesland	Einwohner 2015	Rang 2015	+/- in %
1.	Berlin (nur Ostteil)	Berlin	1.284.500	Berlin	1.371.000	1.	+ 6,7 (33.) ❶
2.	Leipzig	Leipzig	545.300	Sachsen	531.600	2.	- 2,5 (29.)
3.	Dresden	Dresden	518.100	Sachsen	530.800	3.	+ 2,5 (32.)
4.	Halle (Saale)	Halle (Saale)	329.500 ❷	Sachsen-Anhalt	231.600	5.	- 29,7 (10.)
5.	Chemnitz ❸	Karl-Max-Stadt	311.800	Sachsen	242.000	4.	- 22,4 (20.)
6.	Magdeburg	Magdeburg	290.600	Sachsen-Anhalt	231.000	6.	- 20,5 (22.)
7.	Hansestadt Rostock	Rostock	254.000	Mecklenburg-Vorpommern	203.400	9.	- 19,9 (23.)
8.	Erfurt	Erfurt	220.000	Thüringen	204.900	7.	- 6,9 (28.)
9.	Potsdam	Potsdam	142.900	Brandenburg	161.500	9.	+ 13,0 (34.)
10.	Gera	Gera	134.800	Thüringen	95.000	12.	- 29,5 (11.)
11.	Schwerin	Schwerin	130.700	Mecklenburg-Vorpommern	91.600	13.	- 29,9 (8.)
12.	Cottbus	Cottbus	128.600	Brandenburg	99.600	11.	- 22,6 (19.)
13.	Zwickau	Karl-Marx-Stadt	121.700	Sachsen	91.600	14.	- 24,7 (15.)
14.	Jena	Gera	108.000	Thüringen	107.700	10.	- 0,3 (30.)
15.	Dessau	Halle (Saale)	103.900	Sachsen-Anhalt	83.600 (ca. 71.000) ❹	15.	- 19,5 - 31,7 ❺ (24.)
16.	Brandenburg an der Havel	Brandenburg	94.900	Brandenburg	71.000	16.	- 25,2 (14.)
17.	Neubrandenburg	Neubrandenburg	90.500	Mecklenburg-Vorpommern	63.400	18.	- 29,9 (8.)
18.	Frankfurt (Oder)	Frankfurt (Oder)	87.900	Brandenburg	58.000	20.	- 34,0 (6.)
19.	Görlitz	Dresden	77.600	Sachsen	54.000	23.	- 30,4 (7.)
20.	Plauen	Karl-Marx-Stadt	77.600	Sachsen	64.000	17.	- 17,5 (26.)
21.	Hansestadt Stralsund	Rostock	75.500	Mecklenburg-Vorpommern	57.300	21.	- 24,1 (17.)
22.	Hoyerswerda	Cottbus	69.400	Sachsen	34.300	38.	- 50,6 (1.)
23.	Hansestadt Greiswald	Rostock	68.600	Mecklenburg-Vorpommern	56.400	22.	- 17,8 (25.)
24.	Weimar	Erfurt	63.400	Thüringen	63.300	19.	- 0,2 (31.)
25.	Hansestadt Wismar	Rostock	58.100	Mecklenburg-Vorpommern	42.200	26.	- 27,4 (13.)
26.	Gotha	Erfurt	57.400	Thüringen	44.300	25.	- 22,8 (18.)
27.	Suhl	Suhl	56.300	Thüringen	35.700	37.	- 36,6 (5.)
28.	Eberswalde	Frankfurt (Oder)	54.800	Brandenburg	38.800	35.	- 29,2 (12.)
29.	Lutherstadt Wittenberg	Halle (Saale)	53.400	Sachsen-Anhalt	46.700	24.	- 12,5 (30.)
30.	Altenburg	Leipzig	53.300	Thüringen	33.000	44.	- 38,1 (4.)
31.	Eisenhüttenstadt	Frankfurt (Oder)	53.000	Brandenburg	27.200	54.	- 48,7 (2.)
32.	Schwedt (Oder)	Frankfurt (Oder)	52.400	Brandenburg	30.500	49.	- 41,8 (3.)
33.	Bautzen	Dresden	52.400	Sachsen	39.600	33.	- 24,4 (16.)
34.	Freiberg	Karl-Marx-Stadt	51.300	Sachsen	40.300	30.	- 21,4 (21.)

Allgemeines:

❶ In Klammern die Rangziffer ausgehend vom stärksten Einwohnerschwund hin zum stärksten Einwohnerzuwachs.

❷ Die im Mai 1990 erfolgte Zusammenführung von Halle-Neustadt und Halle (Saale) ist im Wert zu 1990 bereits berücksichtigt.

❸ Von Mai 1953 bis zum 1. Juni 1990 unter dem Namen Karl-Marx-Stadt

❹ Die Stadt Dessau ist im Jahre 2007 mit der Stadt Roßlau (Elbe) vereinigt worden und trägt seitdem den Namen Dessau-Roßlau. Die Angabe in Klammern bezieht sich auf die aktuelle Einwohnerzahl der Teilstadt Dessau als Vergleichsrahmen der Angabe für 1988.

Zentralfunktion:

DDR-Bezirks- und heutige Landeshauptstadt

DDR-Bezirksstadt

Entwicklung der Einwohnerzahl 1988 bis 2015:

Weniger als minus 50

Minus 40 bis minus 50

Minus 30 bis minus 40

Minus 20 bis minus 30

Minus 10 bis minus 20

0 bis minus 10

Plus 10 bis 0

Mehr als plus 10

REIN LOKAL. REINE LEBENS- QUALITÄT.

Wir sparen
jährlich **11 Mio.**
Tonnen CO²
ein.



DIE KOMMUNALEN UNTERNEHMEN
WIR HALTEN DEUTSCHLAND AM LAUFEN



www.diekommunalenunternehmen.de





Der Großraum Berlin ist die einzige Wachstumsinsel innerhalb Ostdeutschlands.

ist die einzige Landeshauptstadt Ostdeutschlands, die eindeutig nicht als wirtschaftliches und demografisches Zentrum ihres Bundeslandes gelten kann. Schwerin verzeichnet den prozentual größten Einwohnerschwund aller Landeshauptstädte, verlor nicht nur den Status als Großstadt, sondern auch den Anschluss zur Hansestadt Rostock.

Die mit Abstand besten Zahlen kann Potsdam aufweisen. Es ist die einzige ostdeutsche Stadt, die in den vergangenen 25 Jahren signifikante Einwohnergewinne verzeichnen konnte. Lebten dort 1990 noch 140.000 Menschen, sind es heute bereits 160.000 – ein Zuwachs von 13 Prozent. Dieser Trend lässt sich recht eindeutig auf den Sondereffekt der Randlage

zu Berlin zurückführen. Innerhalb des Berliner Speckgürtels ist Potsdam keine Ausnahme. Auch Oranienburg, Bernau, Neuenhagen, Erkner, Königs Wusterhausen, Teltow, Falkensee und Hennigsdorf konnten erhebliche Zugewinne erreichen. Der Berliner Speckgürtel an sich stellt allerdings einen Sonderfall dar, der mit keiner weiteren ostdeutschen Region auch nur ansatzweise vergleichbar ist. Der Großraum Berlin hat heute 4,5 Millionen Einwohner. Nicht nur das Umland, sondern auch die Stadt selbst ist nach der Wende gewachsen. Insgesamt beherbergt der Großraum Berlin heute eine halbe Million Einwohner mehr als noch 1990. Der Großraum Berlin ist damit die einzige Wachstumsinsel in Ostdeutschland, generiert diese Impulse in erheblichem Maße aber auch zu Lasten anderer Regionen in den Neuen Ländern.

Abgesehen von Berlin sind Leipzig und Dresden nach wie vor die mit Abstand größten Städte Ostdeutschlands. Beide haben zwischen 1990 und heute nur unwesentliche Veränderungen ihrer Einwohnerzahl erfahren. Während Dresden jedoch leicht um zweieinhalb Prozent zugelegt hat, hat Leipzig im gleichen Ausmaß verloren. Die beiden sächsischen Metropolen nähern sich damit zunehmend aneinander an. Dies ist ein Prozess, der bereits seit Ende des Krieges kontinuierlich fortschreitet. 1950 lebten in Leipzig noch 125.000 mehr Menschen als in Dresden. 1990 betrug der Vorsprung Leipzigs noch 27.000 Einwohner, heute sind es lediglich 800. Nach den derzeitigen Prognosen wird Dresden in den kommenden drei Jahren Leipzig als größte sächsische und zweitgrößte ostdeutsche Stadt abgelöst haben. ■

Angemerkt



Der demografische Wandel wurde in diesem Heft schon häufig erörtert. Und dies mit vollem Recht. Schließlich hat UNTERNEHMERIN KOMMUNE eine ostdeutsche Genesis und will dem Anspruch genügen, die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse schonungslos offenzulegen und ihre Implikationen zu diskutieren. Die Durchschnittswerte sind schon dramatisch genug, sie bilden die Herausforderungen vor allem in peripheren Regionen jedoch nur unzureichend ab. Wenn sich die Einwohnerzahl der Neuen Bundesländer im Vergleich zum Wendeherbst und in nur 70 Jahren bis 2060 nahezu halbiert haben wird, ist dies ein Vorgang der weltweit und in der gesamten Menschheitsgeschichte kaum ein Vorbild kennt. Gleichzeitig und zusätzlich zeigt sich eine zunehmende Ausprägung von Disparitäten. Einige Regionen der Neuen Länder werden sich in einer begrenzten Schrumpfung konsolidieren können, andere nahezu vollständig entvölkern. Das kann man bedauern, doch das wird allein nicht helfen. Die Prozesse sind derart träge, dass sie in einer überschaubaren Schwankungsbreite nahezu sicher vorhergesagt werden können. Nach den allzu optimistischen Wachstumshoffnungen der 90er Jahre, haben sich Politik und Verwaltung in den Ländern und Kommunen der Neuen Bundesländer nunmehr der bitteren Wahrheit gestellt. Überall zwischen Rügen und Erzgebirge, Harz und Oderbruch, wird engagiert um die besten Konzepte der Anpassung gerungen. Die allein neun und bald vermutlich elf Kreisgebietsreformen in den Neuen Bundesländern belegen dies. Nachhaltig erfolgreich wird man allerdings nur sein können, wenn Standards vollständig neu definiert werden. Dazu gehört auch der Anspruch, überall in Deutschland gleichwertige Lebensbedingungen vorzuhalten. Das ist zwar ein schönes und hehres Ziel, angesichts der Dramatik der Entwicklungen wird sich damit aber auch eine immense Verschwendung von Ressourcen verbinden.

Falk Schäfer



www.destatis.de